VR-06 Institutionellen Rassismus in Sicherheitsbehörden überwinden – Sicherheit für alle Menschen schaffen

Gremium:	Diversitätsrat
Beschlussdatum:	04.10.2025
Tagesordnungspunkt:	VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

Der 21-jährige Lorenz A. wurde am 20. April 2025 in Oldenburg von einem Polizisten mit fünf Schüssen auf der Flucht vor der Polizei erschossen. Nicht aktivierte Bodycams beim Schusswaffeneinsatz, ein mutmaßlich unverhältnismäßiger Gewalteinsatz gegenüber einem Schwarzen Menschen und Menschen mit Rassismuserfahrung sowie eine fehlende Transparenz in der Aufklärung, weisen erneut darauf hin, dass es eine systematische Auseinandersetzung mit Rassismus- und Diskriminierungsstrukturen in der Polizei braucht. Denn die tödlichen Schüsse auf Lorenz führen zu Verunsicherung.

Die Aufdeckung rassistischer Chatgruppen von Polizist*innen in mehreren Bundesländern, die Berichterstattung über das rechtsextreme Netzwerk Nordkreuz mit Mitgliedern aus Polizei, Bundeswehr und Sicherheitsbehörden, oder die Erkenntnisse aus dem NSU- Untersuchungsausschuss haben zu einem starken Vertrauensverlust in Teilen der Bevölkerung geführt. Diese Vorfälle spiegeln Strukturen des institutionellen Rassismus wider, aus denen wir verschiedene Lehren für die Verbesserung polizeilicher Arbeit ziehen müssen und Forderungen ableiten, um das Vertrauen von Menschen mit Migrationshintergrund in Sicherheitsbehörden zu stärken. Polizeiarbeit beruht auf Vertrauen und ist Voraussetzung dafür, dass die Polizei unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen kann.

Die übergroße Mehrheit der Angestellten in Sicherheitsbehörden und der Polizei in Deutschland kommen ihrer anspruchsvollen und oftmals gefährlichen Aufgabe gewissenhaft und innerhalb der rechtsstaatlichen Grenzen nach. Hierfür gebührt ihnen vollster Respekt und Wertschätzung. Kommt es allerdings zu rechtswidrigen Handlungen von Polizist*innen, fühlen sich Betroffene oft alleingelassen. Fehltritte von Polizist*innen wurden in der Vergangenheit häufig als Einzelfälle und nicht als institutionelle Probleme anerkannt. Es ist essenziell, zwischen Polizist*innen zu unterscheiden, die bewusst rassistisch handeln, und solchen, deren diskriminierende Handlungen unbewusst aus Routinen und festgefahrenen Strukturen resultieren. Institutionelle Abläufe wie Racial Profiling vermitteln im Polizeialltag vermeintliche Sicherheit, führen jedoch zur Reproduktion von Diskriminierung. Nur mit einer differenzierten Herangehensweise können wir eine Veränderungsbereitschaft und Fehlerkultur innerhalb der Polizei fördern.

Denn institutioneller Rassismus ist kein Randthema – er ist tägliche schmerzhafte Realität für viele Menschen. Um Sicherheit, Gleichberechtigung, Partizipation und Gerechtigkeit für alle zu verwirklichen, ist es notwendig, institutionellen Rassismus zu analysieren, zu benennen und zu bekämpfen. Deutschland ist und wird immer mehr eine Migrationsgesellschaft. Der Vorstoß gegen rassistische Strukturen ist die Voraussetzung für unser Zusammenleben.

Diese Bedingung muss sich gesetzlich niederschlagen in der Sicherstellung von gleichen Rechten für alle in einer offenen, rassismuskritischen Gesellschaft.

Unsere Forderungen

1. Institutionellen Rassismus aufdecken und zerschlagen
    1. Durchführung einer unabhängigen, bundesweiten Studie zu Rassismus und Rechtsextremismus in Polizei und Sicherheitsbehörden.

    2. Verbindliche Datenerhebung des Polizeibeauftragten des Bundes und der Länder zu Racial Profiling, Polizeigewalt und Diskriminierungsvorfällen – öffentlich unabhängig, transparent und zugänglich.

    3. Unabhängige Ermittlungen bei tödlicher Polizeigewalt, um Selbstaufklärung durch die Polizei zu beenden.

2. Verfassungsfeinde aus den Sicherheitsbehörden entfernen
    1. Einrichtung unabhängiger Polizeibeauftragten in allen Bundesländern, mit klaren Befugnissen und außerhalb polizeilicher Hierarchien.

    2. Konsequente Umsetzung der Reform des Bundesdisziplinargesetzes von 2024, indem Verfassungsfeinde und beabsichtigte Diskriminierung stärker überprüft und konsequenter disziplinarisch geahndet werden.

3. Diskriminierende Praktiken beenden
    1. Vollständige Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien: Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) muss so reformiert werden, dass alle Lebensbereiche erfasst sind, insbesondere staatliches Handeln.

    2. Bei der anstehenden Novelle des Bundespolizeigesetzes müssen wirksame Änderungen vorgenommen werden, damit polizeiliche Maßnahmen nicht Racial Profiling fördern, sondern diesem entgegentreten.

    3. Verpflichtende und automatisierte Einschaltung von Bodycams bei Anwendung von Waffen und auf Verlangen der betroffenen Bürger*innen sowie Einführung einer flächendeckenden Kennzeichnungspflicht von Polizist*innen.

4. Polizei zukunftsfest ausbilden
    1. Die Länder müssen verbindliche Module zu Antirassismus, Antisemitismus, Diversität in der Aus- und Fortbildung von Polizist*innen und Jurist*innen einbinden.

    2. Mehr Vielfalt und Diversität in der Polizei und bei Jurist*innen

    3. (gezielte Förderung und Einstellung von Menschen mit Migrationsgeschichte für die Posten von Richter*innen und Staatsanwält*innen).

4. Auseinandersetzung mit historischen Kontinuitäten, einschließlich der nicht abgeschlossenen Entnazifizierung und der Traditionslinien von der NS-Zeit und des Kolonialismus bis heute.

Ziel
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für einen Rechtsstaat ein, der das Vertrauen aller Menschen verdient. Der Schutz von Menschenwürde, die Anerkennung von Vielfalt und die Verteidigung der Demokratie stehen dabei im Zentrum. Institutioneller Rassismus darf keinen Platz haben – weder in den Sicherheitsbehörden noch in anderen Institutionen unserer Gesellschaft.

Begründung

Aktuelle Ereignisse wie der Fall Lorenz A. und mehrere aufgedeckte rechte Netzwerke in Sicherheitsbehörden verdeutlichen einen dringenden Handlungsbedarf. Denn diese Realität widerspricht dem Anspruch unseres Rechtsstaats, alle Menschen gleich zu schützen. Der Vertrauensverlust marginalisierter Gruppen gegenüber der Polizei schwächt unsere Demokratie. Deshalb müssen wir institutionellen Rassismus in Sicherheitsbehörden klar benennen, unabhängige Untersuchungen ermöglichen und eine Kultur der Lernbereitschaft fördern. Wir müssen der Entstehung und Verfestigung von Vorurteilen innerhalb und gegenüber der Polizei vorbeugen.